

Gewalt in der Pflege

Ergebnisse einer aktuellen Befragung von MitarbeiterInnen ambulanter Pflegedienste in Leipzig

Dr. med. Ulrike Böhm, Liane Grätsch, Dr. phil. Gesine Märtens

Wir berichten über eine Umfrage unter MitarbeiterInnen der Leipziger ambulanten Pflegedienste zum Gewalterleben professionell Pflegenden während deren Tätigkeit. Den Daten wurde die Veröffentlichung des Statistischen Landesamtes Sachsen „*Statistisch betrachtet. Pflege in Sachsen - Ausgabe 2015*“ zugrunde gelegt, die im Wesentlichen auf Zahlen aus dem Jahr 2013 basiert. Demnach gab es im Untersuchungszeitraum in der kreisfreien Stadt Leipzig ~16300 Pflegebedürftige (hier definiert als Leistungsempfänger der Pflegeversicherung). 28,7% (~4700) der Pflegebedürftigen wurden durch ambulante Pflegedienste betreut, davon ca. ein Drittel zusammen mit deren Angehörigen.

Die Umfrage erfolgte im Zeitraum zwischen November 2014 und März 2015 mittels teilstandardisierter Fragebögen, welche in einem multiprofessionellen Team (Sozialarbeiterin, Psychologin, Soziologin, Pflegewissenschaftlerin, Ärztin) entwickelt wurden. Ein Fragebogen bestand aus 34 Fragen mit unterschiedlichen Antwortformaten (dichotomes Antwortformat, Ratingskalen) zu den komplexen Soziodemografie der TeilnehmerInnen, zu deren beruflicher Belastung, dem Gewalterleben/dem Umgang mit erlebter Gewalt in der ambulanten Pflege sowie zum Beratungsbedarf bei Konflikten in der ambulanten Pflege. Die Fragebögen wurden in ambulante Pflegedienste der Stadt Leipzig ausgegeben, die Bearbeitung der Fragebögen war freiwillig und anonym.

Zusammenfassung der Ergebnisse

In der Stadt Leipzig (damals 520.838 Einwohner) existierten mit Stand Dezember 2013 109 ambulante Pflegedienste mit insgesamt 2740 Beschäftigten¹. Aus ökonomischen Gründen erfolgte die Vergabe der Fragebögen nach vorheriger Rücksprache mit den Pflegedienstleitungen der ambulanten Pflegedienste zu deren genereller Bereitschaft zur Teilnahme an der Erhebung. Von 1400 ausgegebenen Fragebögen erhielten wir 411 in auswertbarer Form zurück. Dies entspricht einer Rücklaufquote von 29,3%, in Bezug auf die

¹ Statistisch betrachtet: Pflege in Sachsen - Ausgabe 2015, Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen (November 2015)

Gesamtzahl der in Leipziger ambulanten Pflegediensten tätigen Menschen beteiligten sich von diesen somit ca. 15% an der Befragung.

Soziodemografische Zusammenfassung

In den ambulanten Pflegediensten Leipzigs arbeiten überwiegend Frauen (Verhältnis w : m = 80,9 : 19,1), das Durchschnittsalter beträgt 40,8 Jahre (Minimum: 18 Jahre, Maximum: 72 Jahre). Etwa die Hälfte der MitarbeiterInnen (43,8 %) verfügt über eine abgeschlossene Ausbildung als AltenpflegerIn, gefolgt von examinierten Krankenschwestern/Krankenpflegern (21,9%) bzw. von Personen, die sich zum Zeitpunkt der Umfrage in einer entsprechenden (Pflege-)Ausbildung befanden (11,2%). Auch HauswirtschaftlerInnen (6,3%), „Angelernte“, Bundesfreiwilligendienstleistende sowie AlltagsbegleiterInnen (gesamt 4,6%) beteiligten sich an der Umfrage.

Arbeitsbelastung

Insgesamt 57,7% aller MitarbeiterInnen betreuen während ihrer Dienstzeit zwischen 5 und 20 Pflegebedürftige, mehr als 20 Pflegebedürftige werden von 29,4% der MitarbeiterInnen betreut. Die Frage „Leisten Sie regelmäßig Überstunden?“ wurde von 57,2% der Befragten bejaht. Häufige Gründe für die Leistung von Überstunden waren die Unterstützung von KollegInnen, zeitintensiver Pflegeaufwand und Mehraufwand für die Pflegedokumentation. Selten oder sehr selten wurden Krankheit, erhöhter Organisationsaufwand und Personalmangel als Grund für die Leistung von Überstunden angegeben. - Die durchschnittliche Arbeitsdauer bei der zu pflegenden Person wurde von 44,3% der Befragten als „angemessen“, von 31,6% als „zu knapp“ und 10,7% als „nicht ausreichend“ eingeschätzt. Die individuelle Einschätzung der Arbeitsbelastung wurde unter Verwendung gängiger, teilweise auch plakativer Begriffe („ausgebrannt“, „Selbstverwirklichung“) erfragt. Obwohl zwei Drittel der Befragten angaben, erheblichen Arbeitsanforderungen ausgesetzt zu sein, fühlten sich nur 20% häufig oder immer „ausgebrannt“ bzw. „gefühlsmäßig erschöpft“ (24%). Etwa die Hälfte der Befragten (50,4%) gaben an, dass ihnen im Rahmen ihrer Arbeitstätigkeit genug Raum gegeben werde, sich beruflich weiterzubilden und sich „zu verwirklichen“, nur 2,9% verneinten dies völlig.

Gewalterleben

Aus verschiedenen wissenschaftlichen Studien ist bekannt, dass Gewalt in der Pflege auch von den professionell Pflegenden ausgehen kann. In unserer Erhebung wurden letztere jedoch ausschließlich über die von ihnen wahrgenommenen bzw. bezeugten Gewalthandlungen befragt.

Auf die Frage, wie man als MitarbeiterIn eines ambulanten Pflegedienstes mit am *eigenen Körper* erlebter Gewalt (verbale Beleidigung, Ignoranz von Seiten der zu pflegenden Person, sich von dieser ausgenutzt bzw. schikaniert zu fühlen oder von ihr körperliche Gewalt angedroht zu bekommen bzw. tatsächlich zu erfahren) umgeht, gaben 59,1% an, „gut“ damit umgehen zu können, sich nicht zu ärgern (64,2%) und diese Situation(en) dem Krankheitsbild der zu pflegenden Person zuzuschreiben (53%). Allerdings fürchteten 8,3% der Befragten um ihre körperliche Unversehrtheit, und 9,7% der Befragten gaben an, am liebsten nicht mehr bei diesen Pflegebedürftigen arbeiten zu wollen.

Ein Großteil der Fragen zum Gewalterleben bezog sich auf die Beziehung zwischen den zu pflegenden Personen und deren Angehörigen. Es zeigte sich, dass Zeichen schwerer körperlicher Gewalt (ausgerissene Haare, Knochenbrüche, mechanische Fixierung) von den befragten Personen selten oder nie beobachtet worden sind, etwas häufiger wurden Hämatome (10,2% der Befragten hatten solche schon einmal beobachtet) und Flüssigkeitsmangel (14,4%) festgestellt. Dagegen wurde ein höheres Maß an psychischer und instrumenteller Gewalteinwirkung, ausgeübt durch die Angehörigen der zu pflegenden Personen, von den Befragten beobachtet. Folgende Situationen wurden von den 411 Befragten „häufig“ beobachtet: „Verdreckte“ Wohnung (18,7%), verschmutzte Bettwäsche (15,8%), verschmutzte Kleidung (15,3%), völlig unangemessene Bekleidung (8,0%), Fehlen von Nahrungsmitteln (12,2%), Entzug von Telefon, Radio, TV o.ä. (2,2%), Entzug von Hilfsmitteln wie Brille oder Zahnprothese (1,0%), Drohung mit Heimeinweisung (10,5%), Drohung mit Vernachlässigung (2,7%). 13,7% aller Befragten gaben an, „häufig“ zu erleben, dass von den Angehörigen in irgendeiner Art und Weise Druck auf die zu Pflegenden ausgeübt werde.

Beratungsbedarf

53,3% aller Befragten gaben an, sowohl den Pflegebedürftigen als auch den Angehörigen häufig, 22,9% gaben an, diesen praktisch immer beratend zur Seite zu stehen. Die Beratung gehe auch über die pflegerische Tätigkeit hinaus und beträfe zum Beispiel formelle Fragen

oder Fragen über behördliche Abläufe. Dementsprechend antworteten die MitarbeiterInnen der ambulanten Pflegedienste auf die Frage, wie der Bedarf zumindest einer fachlichen Beratung für pflegende Angehörige einzuschätzen ist, in 68,6% mit „hoch“ (24,6% niedrig, 3,9% kein Bedarf).

Der Bedarf an fachlicher Beratung zur ambulanten Pflege innerhalb der Stichprobe wird von 41,4% „häufig“ gewünscht. Das heißt, auch bei professionell Pflegenden besteht nach unseren Ergebnissen Beratungsbedarf, nur 5,4% der Befragten haben sich noch nie gewünscht, beraten zu werden. Dies spiegelte sich auch bei der Frage nach dem Beratungsinstrument (telefonische Beratung vs Beratungsstelle vs aufsuchende Beratung durch Fachkräfte) wider, bei der im Rahmen dieser Auswahlmöglichkeiten nunmehr 11,2% der Befragten angaben, eine Beratung sei nicht notwendig.

Vor dem Hintergrund der praktisch nicht vorhandenen einschlägigen Beratungsmöglichkeiten innerhalb der Stadt Leipzig wurde nach den Ansprechpartnern gefragt, die in schwierigen Situationen in Betracht kämen. Hier wurden in erster Linie die Kollegen und Kolleginnen sowie die LeiterInnen des jeweiligen Pflegedienstes genannt (83,2% und 86,1%). Der Hausarzt/die Hausärztin der zu Pflegenden wurde als Ansprechpartner von 33,1% der Befragten angegeben. Immerhin 6,8% der Befragten würden eine Beratungsstelle zur Antigewaltarbeit in Betracht ziehen, sehr selten wären nach unseren Ergebnissen die jeweilige Pflegekasse (2,9%), das Gesundheitsamt (1,9%) oder der Allgemeine Sozialdienst (4,1%) als Ansprechpartner für professionell Pflegende denkbar.